

Beweisantrag

Zu beweisende Tatsache:

Die an der Regierung in Gießen beteiligte Fraktion von Bündnis 90/Grünen kümmerte sich erstmals nach Aussaat und Feldbefreiung um den Gengerstenversuch im Stadtgebiet, stimmten dann in Gentechnikfragen uneinheitlich ab und vertraten nach Außen, z.B. gegenüber Medien, andere Auffassungen als im Abstimmungsverhalten im Parlament.

Begründung

Die Grünen waren nicht in der Lage eine einheitliche Position zur Gentechnik in Gießen zu finden. Im Stadtparlament stimmten sie dem Gengerstenversuch zu, forderten aber gleichzeitig eine Gentechnikfreie Region Gießen und setzten sich später auch für die Gründung einer solchen Region, die allerdings keine formale Wirkung entfaltet, ein.

Beweismittel:

- Vernehmung der für Umweltfragen zuständigen Dezernentin und Bürgermeisterin der Stadt Gießen, Gerda Weigel-Greulich, zur Nichtöffentlichmachung geplanter Genversuchsfelder trotz eigener Kenntnis, sowie zu städtischen Aktivitäten in Bezug auf die Genversuche
- Vernehmung des damaligen für Landwirtschaft und Gentechnik zuständigen Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Grünen, Martin Häusling, in Bezug auf Handlungsmöglichkeiten und Versäumnisse der Gießener Stadtpolitik
- Verlesung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 16.11.2006 zur Gentechnik auf Stadtgebiet nebst Auszügen aus dem dazugehörigen Protokoll der Stadtverordnetenversammlung zum Abstimmungsverhalten von Bündnis 90/Grünen

Bedeutung für den Prozess

Die Beweiserhebung ist erheblich, weil es für die Frage anderer Handlungsmöglichkeiten von Bedeutung ist, ob Verwaltung und Politik als mögliche AkteurInnen überhaupt in Frage kamen.

Gießen, den